

Fraktion DIE LINKE. im  
Sächsischen Landtag  
**#sogehtsolidarisch** Mitte März  
2023

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

**AM BESTEN SCHAFFEN  
WIR EINEN FEIERTAG AB**

**DANN HABEN WIR  
MEHR GELD FÜR AUFRÜSTUNG**

Dieser Monat brachte verrückte Ideen – und noch einiges mehr

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Freistaat hat nur bis Ende März Zeit, sich am Härtefallfonds für Betroffene des Ostrenten-Unrechts zu beteiligen. Wir hatten [das im Februar bereits beantragt](#) und waren bei der Koalition auf taube Ohren gestoßen. Kurz vor dem März-Plenum sprachen sich die beiden SPD-Kabinettsmitglieder Petra Köpping und Martin Dulig [für den Beitritt zum Fonds aus](#) – weshalb wir gestern per [Dringlichem Antrag](#) erneut gefordert haben, die symbolische Einmalzahlung aufzustocken, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der Betroffenen erreicht. [Die CDU blockiert allerdings bis zuletzt jedes noch so kleine Stück Gerechtigkeit](#) für die Rentnerinnen und Rentner im Osten.

Was sonst in der Landtagsitzung und zuvor wichtig war, zeigt unser Rückblick.

*Kevin Reißig, Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! [www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter](http://www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter)

---

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Niemand streikt nur für sich – Streikrecht und Solidarität verteidigen!
2. LINKER Vorschlag für Gerechtigkeit bei öffentlichen Aufträgen abgebügelt
3. Gerechtigkeit jetzt – gleichwertige Arbeit gleich bezahlen!
4. Länder-Kooperation statt Länder-Konkurrenz für mehr Lehrkräfte-Nachwuchs
5. Wahlalter senken – 16 Jahre sind genug
6. 100 Millionen Euro, um Krankenhaus-Privatisierungen rückgängig zu machen
7. Bislang kaum Empfehlungen der Pflege-Kommission umgesetzt
8. Bildungsticket statt Azubiticket
9. Trockenheit, Waldbrände, Starkregen, Stürme: Bezahlbare Versicherungen für alle
10. Auch das gibt's

---

## Niemand streikt nur für sich – Streikrecht und Solidarität verteidigen!

---

Wir erleben Tarifforderungen und Streiks von selten gekanntem Ausmaß, auch wegen der schlimmen Preiserhöhungen. Die Gewerkschaften ziehen an einem Strang und erreichen gute Abschlüsse. Gleichzeitig [greifen Teile der CDU das Streikrecht](#) an und der Ministerpräsident setzt die ver.di [unterschwellig unter Druck](#). Wir haben eine



Landtagsdebatte beantragt und klargestellt: Die Beschäftigten streiken nicht zum Spaß oder aus Faulheit, sondern weil sie kein anderes Mittel haben, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Jeder gute Tarifabschluss erhöht den Druck für weitere gute Tarifabschlüsse. [Solidarität ist richtig, weil niemand nur für sich selbst streikt!](#)

---

## LINKER Vorschlag für Gerechtigkeit bei öffentlichen Aufträgen abgebügelt

---



Sachsenkenia schafft es nicht, im direkten Einflussbereich des Staates für gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen einzutreten. Gemeinsam mit der Rechtsaußenfraktion hat die Koalition [unser Vergabegesetz](#) abgelehnt. Der Staat ist der größte Auftraggeber der Wirtschaft – allein im Baubereich jährlich für mindestens eine Milliarde Euro. Öffentliche Aufträge dürfen nur an

Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten ordentlich behandeln, sie angemessen bezahlen und die Umwelt nicht schädigen! [Wann ändert die Koalition das Vergaberecht, was sie seit Jahren verspricht?](#)

---

## Gerechtigkeit jetzt – gleichwertige Arbeit gleich bezahlen!

---

In Sachsen erhielten Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien 2020 fast 12 Prozent weniger Lohn als Männer. [Wir fordern die Staatsregierung zu Maßnahmen auf](#), um die Entgelt-Lücke endlich zu schließen. Da



Selbstverpflichtungen oder Mentoringprogramme bislang keine sichtbaren Veränderungen erreicht haben, müssen Strukturen verändert werden. Das ist eine wichtige Anforderung an das Gleichstellungsgesetz, das die Koalition plant. [Ein Blick nach Island zeigt, wie es gehen kann](#). Unternehmen müssen dort nachweisen, dass keine ungleiche Bezahlung stattfindet. Übrigens: [Den Volksantrag](#), den 8. März zum Feiertag zu erklären, unterstützen wir!

---

## Länder-Kooperation statt Länder-Konkurrenz für mehr Lehrkräfte-Nachwuchs

---



Die Linksfraktion fordert eine gemeinsame Strategie der Bundesländer zur Deckung des Lehrkräftebedarfs. [Sachsen soll Verhandlungen über einen „Zukunftsstaatsvertrag Lehrkräftebildung und Lehrkräftesicherung“ anstoßen](#). 2035 werden laut der Kultusministerkonferenz bundesweit fast 24.000 Lehrkräfte fehlen. Die

Bundesländer müssen [verbindlich zusammenarbeiten](#), um mehr Nachwuchs zu gewinnen und etwa alle Lehramts-Studienplätze zu besetzen. Egoistische Alleingänge [wie unlängst vom Freistaat Bayern](#) verschärfen das Problem nur.

---

Wahlalter senken – 16 Jahre sind genug

---



Marco Verch Professional Photographer, flickr.com, CC BY 2.0

An der Europawahl 2024 dürfen erstmals auch 16- und 17-Jährige in Sachsen teilnehmen. Von der gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahl bleiben sie ausgeschlossen – es sei denn der Landtag ändert rechtzeitig das Wahlrecht, wie viele Bundesländer es bereits getan haben. Dafür treten wir mit einem Gesetzentwurf ein. Wie absurd müsste es den jungen Menschen vorkommen, wenn man ihnen zwar zutraute, das EU-Parlament

mit zu besetzen, nicht aber ihren Stadt- oder Gemeinderat? Die CDU muss ihre Blockadehaltung aufgeben – zumal es überrascht, wer sich sogar für ein Wahlrecht ab Geburt ausgesprochen hat ...

---

100 Millionen Euro, um Krankenhaus-Privatisierungen rückgängig zu machen

---



PKD Dialog, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Vor dem Hintergrund der Schließung des Reichenbacher Krankenhauses fordert Gesundheitsministerin Petra Köpping einen Fonds von 100 Millionen Euro, um Krankenhäuser wieder in öffentliches Eigentum überführen zu können: „Es ist Geld da. Wir müssen jetzt die richtigen Prioritäten setzen.“ Die Linksfraktion hat nun im Landtag einen solchen

„Rekommunalisierungsfonds“ im Umfang von mindestens 100 Millionen

Euro beantragt. Wir sind gespannt, wie sich die Koalition positioniert. Raus mit dem Kapitalismus aus dem Gesundheitswesen!

---

## Bislang kaum Empfehlungen der Pflege-Kommission umgesetzt

---



Eine Enquete-Kommission im Landtag hat sich ausführlich mit dem Thema Pflege befasst und Empfehlungen formuliert, die 2018 in einem [Bericht](#) festgehalten wurden. Die Linksfraktion erhob auch [weitergehende Forderungen](#) (im Bericht ab Seite 366). Allerdings ist die Bilanz dessen, was umgesetzt wurde, [wirklich mager](#). Derweil gibt es immer mehr Pflegebedürftige, die Eigenanteile

steigen und Personal fehlt. Warum lässt sich die Regierung nicht in die Karten schauen, was ihre Initiativen zur Umsetzung der Kommissionsempfehlungen angeht? [Man könnte meinen: Es gibt keine.](#)

---

## Bildungsticket statt Azubiticket

---



*Kalispera Dell, Wikimedia Commons, CC BY 3.0*

Ab Mai wird das 49-Euro-Deutschlandticket angeboten – es gilt im öffentlichen Personennahverkehr und ist monatlich kündbar. Damit ist das sächsische Azubi-Ticket Geschichte, das für beinahe denselben Preis nur Fahrten innerhalb eines Verkehrsverbunds erlaubt und zudem im Jahresabonnement gekauft werden muss. Freiwilligendienstleistende, Azubis und Studierende sollten nun das sächsische Bildungsticket für die bisher angebotenen 15 Euro erwerben

können! Außerdem soll das Ticket künftig in ganz Sachsen gelten. Übrigens: Eine [Bonitätsprüfung beim Deutschlandticket](#) lehnen wir als [unsozial und unnötig](#) ab!

---

# Trockenheit, Waldbrände, Starkregen, Stürme: Bezahlbare Versicherungen für alle

---



*Dr. Bernd Gross, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0*

Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen fordern im Bundesrat eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden. Naturkatastrophen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben offenbar nicht ausgereicht, um die Sache ins Rollen zu bringen – vielleicht führt die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen dazu. Sachsen sollte den Vorstoß unterstützen: Flächendeckenden Versicherungsschutz gibt es nur mit einer Pflichtversicherung. Sie erlaubt es

privaten wie kommunalen Eigentümerinnen und -eigentümern, sich zu vertretbaren Tarifen zu versichern. In vielen Fällen kommt bisher kein Vertrag zustande, weil niemand ein Gebäude versichern will oder die Kosten unbezahlbar sind. Dann muss die Allgemeinheit mit Steuergeld helfen.

---

## Auch das gibt's

---

Einen Feiertag abschaffen, um Aufrüstung zu finanzieren? In Sachsen gibt es Forderungen aus der Wirtschaft, dem Beispiel Dänemarks zu folgen. Wir sind fassungslos, zumal die Menschen in Sachsen jetzt schon länger arbeiten müssen und die Koalition es noch nicht einmal hinkriegt, den Beschäftigten jene Feiertage wiederzugeben, die aufs Wochenende gefallen sind. Ein solcher Schritt ist auch unnötig, weil die Regierung jederzeit Geld locker macht, wenn sie das will – siehe das 100-Milliarden-Sondervermögen. Um die Kindergrundsicherung wird derweil gefeilscht ...



## Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

[linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)